

Kurzbericht

öffentlicher Teil

31. Sitzung – Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum

22. Januar 2026 – 14:01 bis 14:51 Uhr

Anwesende:

Vorsitz: Michael Boddenberg (CDU)

CDU

Tanja Jost
Christoph Mikuschek
J. Michael Müller (Lahn-Dill)
Sebastian Müller (Fulda)
Anna-Maria Schölch
André Stolz
Annette Wetekam

AfD

Klaus Gagel
Robert Lambrou
Andreas Lichert
Olaf Schwaier

SPD

Elke Barth
Karina Fissmann-Renner
Stephan Grüger
Maximilian Ziegler (Vogelsberg)

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Jürgen Frömmrich
Mirjam Glanz
Kaya Kinkel
Katy Walther

Freie Demokraten

Dr. Stefan Naas

Weitere Anwesende:

Minister Kaweh Mansoori, Vertreterinnen und Vertreter der Staatskanzlei und der Ministerien sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktionen und der Landtagskanzlei.

Die Liste aller Anwesenden liegt der Ausschussgeschäftsführung vor.

(Beginn des öffentlichen Teils: 14:05 Uhr)

1. Antrag
Fraktion der AfD
Abschaffung der Umweltzonen in Hessen
– Drucks. [21/2904](#) –
LUA, WVA

Abgeordneter **Olaf Schwaier**: Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben den Punkt ausführlich, in der gebotenen Kürze von 5-Minuten-Reden, im Plenum besprechen können. Die unterschiedlichen Standpunkte wurden klar erläutert.

Ich will nur noch einmal den Eckpunkt festhalten: Seit 2021 werden die Grenzwerte für Stickstoffdioxid in unseren Städten kontinuierlich unterschritten. Rheinland-Pfalz hat sich entsprechend orientiert, hat die Umweltzonen abgeschafft. Es geht darum, auch hier in Hessen die Umweltzonen abzuschaffen, Bürokratie abzubauen; das ist auch klar.

Als Gegenargument haben wir gehört, gerade von den Kollegen der CDU, dass ab 2030 deutlich strengere Grenzwerte kommen werden. Das sind diese 20 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft. Das ist ein Grenzwert, wo sich alle Automobilexperten einig sind, dass das vollkommen illusorisch ist. Das bedeutet dann tatsächlich das Aus für den Verbrennungsmotor. Das ist technisch nicht zu erreichen.

Da muss ich ganz ehrlich sagen, auch zu dem Kommentar von Herrn Müller – „Autos verbieten verboten“ – am Ende seiner Rede: Das ist ganz offensichtlich nicht das Ziel der CDU; denn wenn man hier keine Technologie bevorzugen will, wie zum Beispiel Elektromobilität, sondern technologieoffen Gesetze machen will, dann müsste man konsequenterweise auch ebendiese drohenden strengeren Grenzwerte ab 2030 abschaffen. Ich denke, es ist inzwischen für den Bürger da draußen relativ schwierig nachzuvollziehen, welchen Kurs zum Beispiel die CDU in diesem Bereich fährt. Mal ist sie für die Abschaffung des Verbrennerverbotes, mal will man doch möglichst schnell die deutlich strengeren Grenzwerte mit Messungen usw. ab 2026 einhalten. Da ist wieder Goldplating in Reinform im Spiel.

Wir von der AfD lehnen das ab. Deswegen haben wir auch gesagt, wir müssen nicht vorbauen, auch wenn wir ab 2026 messen müssen. Wir wollen die Umweltzonen abschaffen. Sie sind ein bürokratisches Monstrum. Sie erschweren auch den Tourismus, weil ja auch ausländische Fahrzeuge dieser Regelung unterliegen.

Leider wird der Antrag in der Form von den anderen Parteien – sie haben es schon angedeutet – abgelehnt. Vielleicht gab es ja bis heute noch ein Umdenken. Insofern mein Appell: Stimmen Sie unserem Antrag zu.

Abgeordneter **Klaus Gagel**: Ich möchte ganz kurz auf diesen neuen Grenzwert eingehen, der uns im Jahr 2030 droht.

Wir hatten in der vorangegangenen Wahlperiode im Umweltausschuss ein entsprechendes ELB-Dokument thematisiert. Das war, glaube ich, 2021 oder 2022. Leider war die Sensibilität seitens der Parteien, die im Landtag vertreten sind, insbesondere der CDU, damals noch gar nicht groß gewachsen.

Wir müssen aber wirklich festhalten, dass dieser Grenzwert von 20 Milligramm, der 2030 kommen wird, de facto nicht einzuhalten ist, weil die Hintergrundkonzentration von NO₂ teilweise schon über 20 Mikrogramm pro Kubikmeter liegt. Insbesondere an Sommertagen, wenn Sie intensive Sonneneinstrahlung haben, entsteht auch durch natürliche Prozesse ein entsprechender Anteil an NO₂.

Das Problem, auf das wir zulaufen werden – das schreibe ich allen Parteien ins Buch, die davon reden, dass wir in Europa, insbesondere in Deutschland, unsere Automobilindustrie erhalten wollen und auch einen Verbrenner erhalten wollen –:

Meine Damen und Herren, wenn dieser Grenzwert kommt, dann wird sich das Thema Verbrenner von alleine erledigen, weil das schlicht und einfach nicht einzuhalten ist. Wir haben damals beim Grenzwert von 40 Mikrogramm gesehen, was passiert, wenn er von den Kommunen tatsächlich umgesetzt werden soll. Die Kommunen werden hingehen, also die größeren Städte hier in Hessen – Offenbach, Frankfurt, Darmstadt, Wiesbaden, Kassel, gegebenenfalls auch Limburg –, und dann natürlich genau wieder das machen, was sie damals auch gemacht haben. Sie werden dann Fahrverbote aussprechen. Sie werden dann innerstädtische Straßen sperren. Sie werden vielleicht so weit gehen, dass sie ein generelles Verbrennerverbot in Städten ausrufen. Das sind Sachen, die auf uns zugeflogen kommen.

Wir haben noch vier Jahre Zeit, wo ich eindringlich an alle Parteien appelliere: Wenn wir das wirklich wollen, dann brauchen wir nichts zu machen. Aber wenn wir uns der Tatsache bewusst sind, welche Tragweite das auch für unsere Industrie insgesamt in Deutschland und Europa hat, dann wird es dringend Zeit, dass Initiativen in Richtung EU gemacht werden, um dies noch zu verhindern.

Ich weise nur darauf hin: In den USA gilt ein Grenzwert von 103 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft. Dieser ist erheblich höher als der 40-Mikrogramm-Grenzwert, der in Europa schon gilt. Ich kann nur hoffen, dass es hier ein Umdenken gibt. Ansonsten sehe ich für unsere deutsche Industrie- und Automobilwirtschaft schwarz.

Abgeordnete **Katy Walther**: Ich wollte nur noch einmal kurz darauf hinweisen, warum wir das tun: weil es darum geht, dass wir damit den Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation nachkommen, die sagt, dass, wenn wir diese Luftverschmutzung nicht reduzieren, vorzeitige Todesfälle aufgrund dieser Luftverschmutzung zu beklagen sein werden.

Genau deshalb ist es richtig, dass wir uns diese Grenzwerte geben. Wir haben auch gesehen, dass wir mit entsprechenden Maßnahmen diese Werte wirklich senken können. Das war der Erfolg dieser Grenzwerte, die wir jetzt umgesetzt haben. Von daher ist es richtig, dass man sich, wenn man den ersten Grenzwert erreicht hat, weitergehende Ziele setzt, um die Menschen vor der Luftverschmutzung zu schützen und im Sinne von Gesundheitsschutz Todesfälle abzuwenden. Deshalb werden wir gegen diesen Antrag stimmen.

Abgeordneter **Maximilian Ziegler (Vogelsberg)**: Wir von der Koalition haben auch ausgeführt, dass wir diesen Antrag ablehnen. Frau Walther hat es eben schon gesagt: Umweltzonen sind dafür da, um Menschen zu schützen. Das ist eigentlich eine gute Sache. Das sollten sogar Sie anerkennen.

Die EU-Luftqualitätsrichtlinie ist in Kraft getreten, das kommt. Genau deshalb müssen wir fortschreiben, prüfen und bewerten. Ich glaube, dass damals genauso argumentiert wurde. Trotzdem wurde es an vielen Stellen geschafft. Ich meine, Sie können das ja auch anhand der neuen Grenzwerte online für Hessen einsehen und sehen, dass es einige Bereiche auch jetzt schon schaffen.

Ich glaube schon, dass uns da auch noch einige Lösungen einfallen werden, um auch die neuen Werte in Hessen zu erreichen. Das ist gut für die Menschen; das will ich zum Schluss noch einmal unterstreichen.

Abgeordneter **J. Michael Müller (Lahn-Dill)**: Herr Gagel, diese Klitterung von Informationen ist einfach irre in der Darstellung. Die Vereinigten Staaten von Amerika haben keinen einheitlichen Wert. Es gibt einen Bundesgrenzwert, und es gibt für viele Staaten unterschiedliche Werte. Ich nehme nur einmal Kalifornien mit einem Wert von 30 ppb. Das liegt unter dem Wert, den wir zurzeit haben. Das ist einer der autoreichsten Staaten der Vereinigten Staaten von Amerika.

Diese Grenzwerte sind auch der einzige Bereich – ich sage es noch einmal –, die großen Studien unterlegen haben. Es gibt die Studie, die davon ausgeht, dass bei Einhaltung des aktuellen Grenzwertes bei uns die Zahl von Asthma-Erkrankungen bei Kindern um bis zu 20 % abnimmt.

Das ist also schlicht und einfach eine gesundheitspolitische Entscheidung, die Deutschland und viele in der Welt getroffen haben. Sie können ja selbst googeln. Dann werden Sie feststellen, dass diese Werte in dieser Welt nichts Unübliches sind. Insoweit erübrigt sich der Antrag.

Vorsitzender: Es gibt keine weitere Wortmeldung. Dann können wir über die Empfehlung an den Umweltausschuss abstimmen.

Beschluss:

WVA 21/31 – 22.01.2026

Der Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum schlägt dem federführenden Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt vor, dem Plenum die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

(CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
gegen AfD, Enthaltung Freie Demokraten)

Zu Beginn der Sitzung kam der Ausschuss überein, den Antrag in öffentlicher Sitzung zu behandeln.

Abgeordneter **Klaus Gagel**: Ich habe noch einen kleinen Flashback zu den Grenzwerten, weil Herr Ziegler das Stichwort Fake News geliefert hat.

Die regierungstragenden Parteien haben in Person des Herrn Müller hier im Ausschuss vorhin Fake News verbreitet. Er hat nämlich Parts per billion verwechselt mit Mikrogramm pro Kubikmeter. In Kalifornien gelten 30 Parts per billion, entsprechend 57 Mikrogramm pro Kubikmeter, also ein laxerer Grenzwert, als wir derzeit mit unseren 40 Mikrogramm pro Kubikmeter haben.

Ansonsten hat die Environmental Protection Agency einen nationalen Standard von 191 Mikrogramm pro Kubikmeter für eine Stunde und 100 Mikrogramm als Jahresmittel angegeben. – Das nur zur Klarstellung. Das heißt, die Frage WHO-Grenzwert von 20 Mikrogramm sollten Sie sich, Herr Müller und die ganzen regierungstragenden Fraktionen, doch bitte noch einmal genauer anschauen, um zu überlegen, was da auf uns zukommt.

2. Antrag

Fraktion der AfD

Compliance-Prüfung des Landes Hessen im Zusammenhang mit den Veranstaltungen der Weimer Media Group in Hessen

– Drucks. [21/3150](#) –

3. Dringlicher Antrag

Fraktion der Freien Demokraten

Transparenz und Compliance bei Landesförderungen sicherstellen

– Drucks. [21/3218](#) –

Abgeordneter **Dr. Stefan Naas**: Wir haben einen Initiativantrag vorgelegt – wir haben hier im Ausschuss dazu auch schon Berichtsanträge behandelt –, und wir haben im Plenum darüber diskutiert. Ich kann noch einmal für den Antrag werben. Er ist gut. Er bringt das Land Hessen voran. Er ist gut für die Menschen, weil sie, glaube ich, besser verstehen, was wir tun. Außerdem wird eine gewisse Eigenkontrolle an dieser Stelle stärker. Deswegen kann ich für den Antrag nur werben.

Abgeordnete **Kaya Kinkel**: Wir haben im Plenum und auch schon einmal im Ausschuss ausführlich über das Thema diskutiert. Allerdings bleibt noch eine Frage offen. Der Minister hat immer davon gesprochen, dass sich die Beauftragung im Rahmen des Vergaberechts bewegt hat. Jetzt stellt sich die Frage: Wie ist denn die Ausschreibung erfolgt? Gab es tatsächlich eine öffentliche Ausschreibung?

Das würde mich sehr interessieren; denn nach meiner Kenntnis kam das Vergaberecht da gar nicht zur Anwendung. Aber Sie haben das mehrfach behauptet. Deshalb würde ich das gerne einmal klarstellen.

MinDirig **Homeyer** (StK): Ich war schon im November hier und habe dazu einige Ausführungen gemacht. Das Ganze war im Rahmen des Vergaberechts. Aber eine Vergabe war nicht erforderlich, weil es über die HTAI lief.

Vorsitzender: Dann kommen wir zur Abstimmung.

Beschluss zu Punkt 2:

WVA 21/31 – 22.01.2026

Der Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum empfiehlt dem Plenum, den Antrag abzulehnen.

(CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Freie Demokraten gegen AfD)

Berichterstattung: Dr. Stefan Naas

Beschlussempfehlung: Drucks. [21/3443](#)

Zu Beginn der Sitzung kam der Ausschuss überein, den Antrag in öffentlicher Sitzung zu behandeln.

Beschluss zu Punkt 3:

WVA 21/31 – 22.01.2026

Der Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum empfiehlt dem Plenum, den Dringlichen Antrag abzulehnen.

(CDU, SPD

gegen AfD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Freie Demokraten)

Berichterstattung: Dr. Stefan Naas

Beschlussempfehlung: Drucks. [21/3449](#)

Zu Beginn der Sitzung kam der Ausschuss überein, den Dringlichen Antrag in öffentlicher Sitzung zu behandeln.

4. Dringlicher Berichtsantrag

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Wortbruch von Kanzler Merz: Fehlende Bundesmittel für die Wallauer Spange

– Drucks. [21/3342](#) –

Minister **Kaweh Mansoori**: Ich darf der Beantwortung Ihrer Fragen folgende Vorbemerkung voranstellen:

Die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN geht unzutreffend davon aus, dass das Vorhaben der DB InfraGO, die Wallauer Spange, Baureife erreicht habe. Die Bundesregierung nennt als Antwort auf die Frage 13, welche Vorhaben des Bedarfsplans Schiene die Leistungsphasen 3 bis 4 abgeschlossen und bisher noch keine Baufinanzierungsvereinbarung haben, unter anderem das Vorhaben Wallauer Spange – nachzulesen in der [Bundestagsdrucksache 21/3591](#).

Diese Angabe entspricht nicht dem aktuellen Stand des Vorhabens. Das Vorhaben Wallauer Spange befindet sich derzeit noch im Planfeststellungsverfahren. Das heißt, die Leistungsphase 4 ist nicht abgeschlossen, das Baurecht liegt nicht vor. Den anliegenden Kommunen Wiesbaden und Hofheim und dem Landkreis Main-Taunus ist bekannt, dass sich die Erteilung des Baurechts verzögert. Diesen Sachstand hatte die Vorhabenträgerin, die DB InfraGO, auch im Oktober 2025 auf ihrer Internetseite veröffentlicht. Der dort veröffentlichte Terminplan verdeutlicht, dass zum Ende des Jahres 2025 zunächst der zeitlich vor der Erteilung des Baurechts liegende Erörterungstermin durchgeführt werden soll.

Da der Erörterungstermin bisher nicht durchgeführt worden ist, hat die DB InfraGO auf Anfrage den hier vorliegenden Informationsstand bestätigt und zum aktuellen Sachstand mitgeteilt, dass

derzeit die Baurechtsunterlagen auf Basis der Ergebnisse der Offenlage noch einmal überarbeitet werden und im Anschluss in Abstimmung mit dem Eisenbahn-Bundesamt eine erneute Offenlage durchgeführt wird. Mit dem Baurecht für die Wallauer Spange rechnet die DB InfraGO nach aktuellem Stand in 2027. Bei Absehbarkeit des Abschlusses der Leistungsphase 4, also Baurechtserteilung, werden vorhabenbezogene Finanzierungsvereinbarungen seitens des Bundes abgeschlossen. Insoweit liegt hier ein Missverständnis zum Sachstand der Baureife und zum Finanzierungsbedarf des Vorhabens vor.

Die Vorbemerkung vorangestellt, nehme ich zu dem Berichtsantrag wie folgt Stellung:

- Frage 1: Zu welchem Zeitpunkt war der Landesregierung erstmals bekannt, dass die Wallauer Spange keine Bundesmittel aus dem Sondervermögen erhält und auf lange Sicht nicht realisiert werden wird?*
- Frage 2: Wenn der Landesregierung diese Information bereits vor der entsprechenden Antwort auf die Kleine Anfrage im Bundestag vorlag, warum wurde diese nicht von ihr veröffentlicht und bewertet?*
- Frage 3: Was wurde wann unternommen, um das Projekt zu retten? Bitte Gesprächspartner und Standpunkt der Landesregierung nennen.*
- Frage 4: Was plant die Landesregierung, um das Projekt Wallauer Spange zu retten?*
- Frage 5: Wie bewertet die Landesregierung die Relevanz des Projekts Wallauer Spange für die Pendlerinnen und Pendler in Rhein-Main?*
- Frage 6: Wie bewertet die Landesregierung die Relevanz des Projekts Wallauer Spange für die hessische Wirtschaft und den Flughafen Frankfurt?*

Die Wallauer Spange ist ein wichtiges, strategisches Projekt mit einer sehr hohen verkehrlichen Bedeutung sowohl für Wiesbaden und das Rhein-Main-Gebiet als auch das gesamte Schienennetz. Das Vorhaben befindet sich im Vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans. Damit unterstreicht der Bund die herausgehobene Bedeutung sowie die hohe Priorität und bekennt sich weiterhin zur Umsetzung des Vorhabens.

Seitens der Landesregierung wurde der Planungsbeginn des Vorhabens 2016 initiiert. Die Landesregierung wird standardisiert und in fest definierten Abständen über die aktuellen Sachstände der Schieneninfrastrukturvorhaben, wie auch die Wallauer Spange, seitens der Vorhabenträgerin DB InfraGO informiert.

Wenn sich das Planfeststellungsverfahren dem Abschluss neigt, erwartet die Landesregierung, wie auch sonst üblich, die Vorlage der entsprechenden Finanzierungsvereinbarung. In den regelmäßigen Informationsgesprächen wirkt die Landesregierung bereits auch jetzt schon darauf hin. Die Landesregierung erwartet, dass das Projekt unmittelbar mit Vorliegen der Genehmigung in den Bau gehen kann. Eine entsprechende Erklärung von der Bundesregierung entsprechend dem Motto „Was baureif ist, wird gebaut“ liegt vor.

Frage 7: Welche Kosten sind der öffentlichen Hand bislang für die Planung der Wallauer Spange und des dazugehörigen Haltepunkts bei Hofheim entstanden? Bitte möglichst jeweils für Land, Kommunen und Bund nennen.

Da es sich um ein Vorhaben des Bundesverkehrswegeplans handelt, erfolgt die Finanzierung der Planung und der baulichen Realisierung der Schieneninfrastruktur auf der Grundlage des Bundes-schieneausbaugesetzes durch den Bund.

Frage 8: Sind der Landesregierung weitere baureife Schienenprojekte, Fernstraßenprojekte oder sonstige Projekte in Hessen bekannt, für die der Bund eine zugesagte Finanzierung nun doch nicht leisten wird? Bitte aufzählen.

Frage 9: Was wird die Landesregierung tun, damit zukünftig nicht noch weiteren baureifen Infrastrukturprojekten in Hessen die Bundesmittel entzogen werden?

Frage 10: Wenn bei der Frage 8 Projekte genannt wurden: Welche Initiativen und Gespräche wurden bislang wann unternommen, um die Projekte zu retten, und was plant die Landesregierung? Bitte Gesprächspartner und Standpunkt der Landesregierung nennen.

Über das Vorhaben Wallauer Spange hinaus gibt es in Hessen keine weiteren Projekte mit Baureife. Für Hessen liegt damit keine ausstehende Zusage von Bundesmitteln für baureife Vorhaben vor.

Abgeordnete **Katy Walther:** Wenn ich Sie richtig verstanden habe, haben Sie gesagt, dass die Bundesregierung auf diese Frage von Herrn Gastel falsch geantwortet hat, dass das Vorhaben noch nicht die Baureife erreicht hat und das Geld sozusagen noch nicht nötig ist.

Sie haben ausgeführt, dass es 2027 dann so weit sein soll, wenn ich es richtig verstanden habe. Gleichwohl haben Sie gesagt, dass es wichtig ist, dass das Geld aus dem Sondervermögen in dieses Projekt fließt. Darf ich Sie fragen, ob es Schriftverkehr gibt, dass für 2027 auf jeden Fall gesichert ist, dass dieses Geld aus dem Sondervermögen fließen wird? Ich habe jetzt über die normalen Informationsgespräche mit der Bahn hinaus keine Aktivitäten vernommen, die Sie nach dieser Berichterstattung unternommen haben. Ist das richtig?

Minister **Kaweh Mansoori:** Ich kann das gerne in anderen Worten wiederholen. Die Debatte, die stattfindet, ist eine Scheindebatte.

(Beifall CDU und SPD)

Die Bundesregierung hat mehrfach bekräftigt: Was baureif ist, wird gebaut. Und bei diesem Projekt liegt keine Baureife vor. Insofern war auf die Berichterstattung jenseits der Aufklärung, die wir leisten, nichts zu veranlassen.

Abgeordneter **Dr. Stefan Naas**: Ich hätte den Sachverhalt wie die Kollegin zusammengefasst: Es fehlt sozusagen der Vorwurf der Baureife, wenn man so will, und damit bricht alles Weitere zusammen.

Aber eine Frage bleibt natürlich, nämlich die Frage: Habe ich es richtig verstanden, dass es ein Projekt gibt, wo diese Baureife jetzt ansteht, 2027, darüber hinaus aber keine Projekte? Das haben Sie, glaube ich, zu einer der letzten Fragen geantwortet.

Zweitens. Wie lange haben wir denn insgesamt für die Planfeststellung der Wallauer Spange gebraucht? Ich finde, das ist eine spannende Frage, weil dahinter natürlich die Frage steht: Hätte das nicht schon längst baureif sein können?

Minister **Kaweh Mansoori**: Nein, Herr Abgeordneter, da liegt ein Missverständnis vor. Ich kann Ihnen die Antwort gern noch einmal im Wortlaut vorlesen:

„Über das Vorhaben Wallauer Spange hinaus gibt es in Hessen keine weiteren Vorhaben mit Baureife.“

Und die Wallauer Spange hat keine Baureife.

„Für Hessen liegt damit keine ausstehende Zusage von Bundesmitteln für baureife Vorhaben vor.“

Also noch einmal: Es gibt keine baureifen Vorhaben, für die die Finanzierung nicht gesichert ist.

(Abgeordneter Dr. Stefan Naas: Vielen Dank!)

Ich weiß nicht, ob wir in der Lage sind, uns zur Planfeststellung zu äußern. Das liegt gar nicht an uns, sondern daran, dass nicht wir das Baurecht schaffen. Das macht die Bahn.

Vorsitzender: Es gibt einen neuen Konzernbevollmächtigten. Einige waren bei der Staffelübergabe. Ich denke, dass man dort auch die eine oder andere Antwort bekommt. Das erlaube ich mir einfach als Hinweis, aber das wissen Sie auch selbst.

Abgeordnete **Katy Walther**: Sie werden bei der Tagesschau mit den Worten zitiert: „Der Etat des Bundesverkehrsministers ist ausreichend gefüllt“.

Ich habe da schon noch Fragezeichen; denn wir wissen aus dem September letzten Jahres, dass es Auseinandersetzungen zwischen Finanzministerium und Bundesverkehrsministerium gegeben hat, was die ausreichende Befüllung des Etats anging.

Im Bereich der Autobahnen wurde dann relativ schnell Abhilfe geschaffen, im Sinne, dass Geld nachgeschossen worden ist. Bei der Bahn ist nichts nachgeschossen worden. Ich möchte jetzt

gerne wissen, nachdem dort auch die Zahl von 2 Milliarden Euro kursiert, die bei der Bahn fehlen, was Sie als Minister unternommen haben, um dort zu appellieren, dass auch für den Bereich Bahn Geld nachgeschossen wird.

Minister **Kaweh Mansoori**: Ich habe die Berichterstattung der Bundesregierung auch aufmerksam verfolgt. Nach den Diskussionen, die es wohl innerhalb der Bundesregierung gegeben hat, gab es einen Koalitionsausschuss. Da ist Geld nachgeschossen worden in den Verkehrsetat, und danach sind der Bundeskanzler und der Vizekanzler vor die Presse getreten und haben erklärt, dass alle Projekte ausfinanziert sind. Die Bundesregierung wirbt selbst damit, dass für die nächsten fünf Jahre, glaube ich, an investiven Mitteln 60 % mehr zur Verfügung stehen als für die letzten fünf Jahre, und hat deswegen auch klar erklärt: Was baureif ist, wird gebaut. – Darauf verlässt sich die Hessische Landesregierung.

Abgeordnete **Katy Walther**: Ich hätte noch eine Frage zum Sondervermögen in diesem Punkt. Das sollte ja zusätzlich und für Klimaschutz ausgegeben werden. Ich habe die Frage an den Verkehrs- und Wirtschaftsminister, ob Sie der Meinung sind, dass das Sondervermögen regelkonform ausgegeben wird.

Minister **Kaweh Mansoori**: Sehen Sie es mir nach, Frau Abgeordnete, es gehört wirklich nicht zu meinen Aufgaben, dass ich Bewertungen zur Verausgabung der Mittel durch die Bundesregierung vornehme.

Abgeordneter **Klaus Gagel**: Ich denke, wir sind uns alle einig, dass die Wallauer Spange eine wesentliche Infrastrukturmaßnahme für das Rhein-Main-Gebiet bedeutet. Insofern hat die Öffentlichkeit natürlich ein großes Interesse daran, zu erfahren, wann endlich diese Wallauer Spange realisiert sein wird. Herr Minister, können Sie ungefähr aufgrund des Sachstandes eine Zahl in den Raum geben?

Wenn Sie es nicht können, dann können Sie vielleicht eine ungefähre Zahl in den Raum geben. Wann können die Menschen damit rechnen, beispielsweise in Wiesbaden in den Zug zu steigen und in 16 Minuten am Frankfurter Flughafen zu sein?

Minister **Kaweh Mansoori**: Herr Abgeordneter, ich kann nur die Auskünfte weitergeben, die wir von der Bahn und den entsprechenden Bundesbehörden haben. Diese Auskünfte würden Sie auch direkt bekommen. Was das Baurecht betrifft, gehen wir davon aus, dass es 2027 geschaffen wird.

MinRin **Münker-Tiedge** (HMWVW): Wenn wir denn das Baurecht haben, wird gerechnet mit einer Bauzeit von drei bis vier Jahren.

Abgeordneter **Klaus Gagel**: Also ist 2031 ein aus heutiger Sicht realistischer Wert?

Minister **Kaweh Mansoori**: Das können wir nicht bewerten, Herr Abgeordneter. Wir können die Informationen weitergeben, die wir haben. Wir sind an dieser Stelle nicht die Vorhabenträgerin und auch nicht die Genehmigungsbehörde.

Abgeordneter **Klaus Gagel**: Darf ich eine weitere Nachfrage stellen, Herr Minister? Mir kommen Ihre Antworten ein bisschen emotionslos vor. Ich würde einmal sagen, das Thema der Vorhaben, die realisiert werden sollen, und auch der Verzögerung von wichtigen Infrastrukturprojekten, das brennt auf den Nägeln, und die Bundesregierung hat es thematisiert.

Ich sage einmal, gerade das Thema Wallauer Spange hat dahin gehend eine Sensibilität, weil es eine wichtige Infrastruktur darstellt, die der Bevölkerung, den Menschen im Rhein-Main-Gebiet versprochen wurde.

Wenn wir Verzögerungen welcher Art auch immer bei Infrastrukturprojekten haben – ich weise auch nur beispielsweise auf die Ortsumgehung der B 275 bei Idstein-Eschenhahn hin, die eigentlich 2022 schon fertig sein sollte –, dann sind die Menschen zunehmend genervt davon, und es entsteht der Eindruck, dass in diesem Land gar nichts mehr geht. Insofern wundert mich Ihre Emotionslosigkeit; denn normalerweise müsste in einer hessischen Regierung eine große Emotion, ein großes Feuer dafür brennen, dass diese Infrastrukturmaßnahmen eben auch zeitnah umgesetzt werden. Das erwarten die Menschen draußen.

Insofern ist noch einmal meine Frage: Was tut denn die Hessische Landesregierung in der Zukunft, um genau das zu erreichen, dass wir nicht noch weitere Verzögerungen kriegen?

Minister **Kaweh Mansoori**: Herr Abgeordneter, ich nehme zur Kenntnis, dass Sie hier eine große Emotionslosigkeit festmachen. Ich beantworte Ihre Fragen, die mir hier gestellt worden sind. Die beantworten wir auf der Grundlage der Informationen, die uns vorliegen. Ich kann noch einmal wiederholen: Für die Landesregierung ist die Wallauer Spange von erheblichem strategischem Interesse. Deswegen sind wir auch in regelmäßigen Gesprächen zwischen Verkehrsministerium auf Landesebene und Verkehrsministerium auf Bundesebene.

Nur weil es in den letzten Tagen zu Missverständnissen in der Öffentlichkeit gekommen ist, ist jetzt aus meiner Sicht nicht die Zeit für markige Worte, gerade nicht in der konstruktiven Zusammenarbeit von Bund und Ländern.

Dort, wo das Land Hessen Verantwortung hat, Infrastrukturvorhaben zu beschleunigen – ich nenne hier einmal exemplarisch die Zeller Brücke –, machen wir das ja auch vor. Da haben wir die Rückbauzeit von 40 auf 4 Monate verkürzt. Das sind die Dinge, die möglich sind, wenn man das will. Im Bundesrat machen wir uns auch regelmäßig mit anderen Bundesländern dafür stark, das Verfahrensrecht, das Prozessrecht an den Stellen, wo es geboten ist, zu straffen, damit die Menschen möglichst zügig zu einer verlässlichen und zukunftsfähigen Infrastruktur kommen. Darauf können sie sich auch in Zukunft verlassen.

Abgeordneter **Maximilian Ziegler (Vogelsberg)**: Vielleicht können wir einmal ein bisschen abschichten und bei den Fakten bleiben. Auch wer schon vor anderthalb Wochen „Wallauer Spange“ bei Google eingegeben hat, hat nach zehn Sekunden Recherche gefunden, dass online einsehbar ist, dass zum Beispiel dieser Erörterungstermin nicht stattgefunden hat und dass damit die Leistungsphase 4 nicht abgeschlossen sein kann.

Da muss man nur eins und eins zusammenzählen. Diese Emotionalität haben vor allem Sie reingebracht. Die Wallauer Spange hat eine Homepage, da können Sie mit Datum 16.01. lesen, in welchem Stand sich das Projekt befindet. Trotzdem werden hier Videos und Pressemitteilungen gemacht, dass es immer noch an der Finanzierung hängt. Darauf will ich auch einmal hinweisen, weil wir hier nicht immer nur mit Fake News arbeiten können.

Die Landesregierung hat gerade ausgeführt, dass sie sich für dieses Projekt einsetzt. Ich glaube, das ist am Ende auch das Wichtige.

(Beifall SPD und CDU)

Abgeordnete **Katy Walther**: Entschuldigen Sie, dass ich jetzt doch noch einmal nachfrage. Sie hatten gesagt, Sie setzen sich im Rahmen der regulären, turnusmäßigen Gespräche für diese Sachen ein. Und wir hatten sehr genau in unserem Dringlichen Berichts Antrag gefragt, ob es nach der Presseberichterstattung Gespräche gegeben hat, mit wem und wann. Also bin ich jetzt ein bisschen irritiert.

Gab es Gespräche nach der Presseberichterstattung, oder haben Sie gesagt: „Wir wissen sowieso, wo das Projekt steht, und müssen niemanden fragen“?

Minister **Kaweh Mansoori**: Frau Abgeordnete, ich kann mich nur noch einmal wiederholen. Wir sind in regelmäßigen Gesprächen, und nach der Presseberichterstattung, die auf Missverständnissen beruht, war nichts zu veranlassen.

Abgeordnete **Katy Walther**: Wir haben noch eine weitere Frage. Ich zitiere kurz aus der Presseberichterstattung. Da wurde ein Sprecher des Bundesverkehrsministeriums mit den Worten

zitiert, dass sie großes Interesse daran haben, „dass auch der Aus- und Neubau der Schieneninfrastruktur in Deutschland deutlich vorankommt und baureife Projekte in den Bau gehen können“. Derzeit prüfe das Bundesverkehrsministerium, wie dies im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel umgesetzt werden kann.

Stellt Sie diese Auskunft so zufrieden, dass Sie sich nicht um dieses wichtige Projekt Wallauer Spange kümmern müssen? Denn für mich klingt das noch nach Fragezeichen in der Finanzierung.

Abgeordneter **Dr. Stefan Naas:** Ich will das noch einmal sehr freundlich hinterlegen: Das ist ein Schieneninfrastrukturprojekt. Das ist immer schon Bundesangelegenheit nach dem Grundgesetz, alles richtig.

Trotzdem haben wir die Situation, dass die Renovierung der Schiene sehr lange braucht, wir in einem Trichter sind und eigentlich mehr Schiene und mehr renovierte Schiene bräuchten. Insofern gibt es einen Kampf um Ressourcen – in dem Fall nicht Geld, weil gerade einmal genügend da ist, allerdings für baureife Projekte. Also gibt es den Kampf um sozusagen die Ressource Planung, Schnelligkeit in der Planung. Wie viel habe ich in der Schublade? Da gibt es Bundesländer, die sind schneller, und Bundesländer, die sind nicht so schnell. Ich lasse es jetzt offen, aber es ist so. Man kann schauen, wo in letzter Zeit Projekte realisiert wurden.

Insofern darf man schon die Frage nach dem Kümmerer stellen; denn es ist natürlich so: Wenn wir am Ende bei der Einweihung sind, wird der hessische Verkehrsminister selbstverständlich dabei sein und selbstverständlich sagen, dass es im Wesentlichen auch durch seine Hand gegangen ist, durch sein Haus usw. Das würden wir alle so machen.

Deswegen darf man vorher auch sagen: Dann ist es auch Chefsache in der Betreuung und in der Nachhaltigkeit der Betreuung, dass es natürlich schnell geht. Ich kann aus oppositioneller Sicht schon verstehen, dass man da im Ausschuss an der Stelle vielleicht etwas mehr Verve einfordert und vielleicht auch eine kleine Extrameile oder Extrarunde, weil es, wie der Minister ja schon ausgeführt hat, um ein strategisch sehr wichtiges Projekt geht.

Eben hat ein Kollege von der Opposition, glaube ich, noch einmal ausgeführt, um wie viele Minuten Zeitersparung für sehr viele Menschen und damit Lebenszeit es da geht. Das ist so ziemlich das Kostbarste, was wir alle haben.

Deswegen würde ich mir persönlich – das ist ein reiner Wunsch, Sie müssen auch nicht antworten – wünschen, dass Sie aktiver und vielleicht auch mit etwas mehr Verve dieses Projekt betreiben und es eben nicht nur bei den Turnustermen belassen. Ich weiß, dass man viele Rädchen in der Verwaltung einfach schieben und antreiben muss; ich habe ja ein bisschen Verwaltungserfahrung. Da ist es manchmal notwendig.

Abgeordneter **J. Michael Müller (Lahn-Dill)**: Ich muss erst einmal zu Atem kommen, weil ich schon ein bisschen sprachlos bin. Der Kollege Ziegler hat zu Recht darauf verwiesen, dass zur Wallauer Spange ein umfangreiches Informationsportal vorhanden ist und das Verfahren durch die Hessische Landesregierung damals und heute stets befördert wurde. Sonst hätten wir manche Dinge noch nicht einmal ansatzweise erreicht.

Wir haben ein Bundesbahn-Planungsrecht, welches anders ist als die anderen. Da ist die Bundesbahn alleinige Herrin, das Land hat keine einzige Aktie. Und wir haben gerade von Herrn Ziegler gehört, dass die Anhörung an dieser Stelle nicht stattgefunden hat, sondern noch stattfindet. Auch das steht auf der Internetseite.

Der Minister hat erklärt, dass die Bundesregierung erklärt hat, dass die Maßnahmen, die baureif sind, auch durchfinanziert sind. Sämtliche Ihrer Fragen deuten darauf hin – ich will das an dieser Stelle festhalten –, dass nicht zugehört wird. Der Minister hat noch einmal – ich wiederhole das – gesagt: Sämtliche Maßnahmen, die baureif sind, sind auch durchfinanziert. Das hat die Bundesregierung gesagt und auch so entsprechend festgelegt. Da gibt es überhaupt nichts zu erörtern.

Da gibt es auch gar keine Eile mehr, weil alles getan ist, um es umzusetzen. Voraussetzung ist nur, dass das Planverfahren abgeschlossen wird, und das hat die Hessische Landesregierung, wie Sie wissen, Herr Naas, nicht in der Hand. Allerdings hatten Sie in der Vergangenheit in der Hand, jedenfalls mit der Beteiligung – ich will nicht die Drucksachen des Bundestages dazu zitieren –, dass die Planungserfordernisse hätten verbessert werden können.

Das macht jetzt die jetzige Bundesregierung. Die wird es deutlich verändern und verbessern. Jetzt Vorwürfe an einem Punkt zu erheben, wo der hessische Minister an dieser Stelle nichts zu tun hat, außer politisch darauf hinzuwirken – das hat er getan – –

(Zuruf Abgeordnete Katy Walther)

– Das wissen Sie ja nicht, Sie waren ja nicht dabei, Gott sei Dank. – Nein, an dieser Stelle hat er es nicht gesagt, sondern er hat schlicht und einfach gesagt: Die Bundesregierung hat erklärt.

(Abgeordnete Kaya Kinkel: Wir können ihm ja die Chance geben, das richtigzustellen!)

Abgeordnete **Kaya Kinkel**: Der Kollege Jörg Michael Müller hat gerade gesagt, dass die Landesregierung sich eingesetzt hat. Der Minister hat gesagt, dass es die turnusmäßigen Gespräche gab und nach der Veröffentlichung der Kleinen Anfrage im Bundestag keine weiteren Gespräche stattgefunden haben. Was stimmt denn nun? Das sind ja ganz offensichtlich gegensätzliche Aussagen.

Minister **Kaweh Mansoori**: Frau Abgeordnete, da gibt es überhaupt keinen Widerspruch. Denn die Diskussion, ob die im Etat hinterlegten Mittel ausreichen oder nicht, hat uns im letzten Jahr

ein bisschen länger begleitet. Beide die hessische Landesregierung tragenden Parteien haben auf ihre jeweiligen Pendants auf der Bundesebene eingewirkt, diese Frage verbindlich zu klären. Danach sind beide Koalitionspartner auf Bundesebene vor die Presse getreten und haben nach Modifikation des Etats festgehalten: Der Etat reicht, was baureif ist, wird auch gebaut.

Was die turnusmäßigen Gespräche betrifft, um das Bild gleich zu vervollständigen: Am 02.12. war dieses letzte Turnusgespräch. Da war auch die Staatssekretärin mit dabei, und da ist auch über die Wallauer Spange gesprochen worden. Meine Aussage bezog sich darauf, dass nach der Presseberichterstattung nichts zu veranlassen war, weil diese Presseberichterstattung in Teilen auf falschen Annahmen fußt. Es gibt kein Baurecht, und die Bundesregierung hat erklärt, was baureif ist, wird gebaut. Es gibt überhaupt keinen Grund in der Hessischen Landesregierung, an der Aussage des Bundeskanzlers und des Vizekanzlers zu zweifeln.

(Beifall CDU und SPD)

Abgeordnete **Katy Walther**: Ich will jetzt doch noch einmal nachfragen. Sie haben selbst laut Tagesschau appelliert, dass das alles gemacht wird. Wenn das doch alles kein Problem ist, dann verstehe ich Ihr Statement der Tagesschau gegenüber nicht.

Vorsitzender: Der Minister hat das noch einmal bekräftigt in der Tagesschau.

Minister **Kaweh Mansoori**: Ich wüsste nicht, was ich den klugen Worten des Vorsitzenden jetzt noch hinzufügen könnte.

Vorsitzender: Wir stellen fest, dass der Bericht gegeben worden ist.

Beschluss:

WVA 21/31 – 22.01.2026

Der Dringliche Berichts Antrag gilt mit der Entgegennahme des mündlichen Berichts des Ministers im Ausschuss als erledigt.

Zu Beginn der Sitzung kam der Ausschuss überein, den Dringlichen Berichts Antrag in öffentlicher Sitzung zu behandeln.

(Schluss des öffentlichen Teils: 14:45 Uhr
– folgt Fortsetzung des nicht öffentlichen Teils)

Wiesbaden, 28. Januar 2026

Protokollführung:

Vorsitz:

Heike Schnier

Michael Boddenberg